



Minister Backhaus, Künast, Bartels: Strenge Fragen aus Brüssel

LANDWIRTSCHAFT

Auf Lücke gepokert

Im Nitrofen-Skandal hat Verbraucherschutzministerin Künast vorschnell Entwarnung gegeben; und nun droht die EU mit Sanktionen, die das Ende für die Ökowende bedeuten können. In jedem Fall beweist die Affäre, dass die Lebensmittelkontrolle in Deutschland nicht funktioniert.

Die Halle war alt und dicht und billig. Sie war also genau richtig, und Zirkusdirektor Heinz William, Fachmann für Menschen, Tiere, Sensationen, hatte es mal wieder geschafft: Für Menschen und Tiere hatte er rechtzeitig vor dem ersten Schnee ein Winterlager gefunden; mit Sensationen war frühestens im Frühling wieder zu rechnen.

Die hat der Zirkus jetzt tatsächlich, nur dass die Sensation ein Skandal ist: Vier Monate lang, von November bis März, hat die ahnungslose Truppe in Deutschlands derzeit bekanntester Halle überwintert. In Malchin in jenem Getreidelager, von dem aus angeblich die ganze Republik mit dem Krebsgift Nitrofen verseucht worden ist, inklusive der Mensa der Hamburger Universität und der Kantine des nordrhein-westfälischen Umweltministeriums.

Und wenn überhaupt noch ein Beweis gefehlt hat, dass dieser Lebensmittelkrimi noch längst nicht aufgeklärt ist, dann ist es die Tatsache, dass in einer Halle für Pflanzenschutzgift, die kurz zuvor noch mit Ökoweizen gefüllt war, ein Wanderzirkus Winterquartier beziehen konnte, ohne dass sich daran bis Mitte vergangener Woche irgendjemand störte.



NSP-Halle in Malchin: „Nur eine von mehreren Spuren“

So fügte sich der Nitrofen-Skandal Ende vergangener Woche endgültig in das Muster großer Lebensmittelaffären – mit einer Ministerin etwa, die viel zu früh Entwarnung gibt und nun mühsam zurückrudern muss: Erst hatte sie verkündet, mit der Malchiner Halle sei die Giftquelle gefunden, die Gefahr so gut wie gebannt, konventionelle Nahrung wohl nicht betroffen. Nun mehren sich die Hinweise, dass es noch andere Quellen gab, aus denen womöglich nach wie vor Krebsgift in Lebensmittel gelangt, auch in herkömmlich erzeugte Ware.

Und gleichzeitig werden unglaubliche Schlamperereien rund um die Malchiner Hal-

le aufgedeckt, die ein Schlaglicht auf einen noch weit größeren Skandal werfen: Dass nämlich nichts von so großer Bedeutung so miserabel überwacht wird wie die Lebens- und Futtermittelindustrie in Deutschland. In diesem Fall mit fatalen Folgen: Noch am Freitag vergangener Woche beschloss Belgien einen Einfuhrstopp für zahlreiche deutsche Nahrungsmittel; in der Bundesrepublik droht schon der Zusammenbruch des Ökomarktes, weil die EU jetzt hart durchgreifen will.

Wen wundert's? Die ganze Branche habe sich seit Jahrzehnten hinter einer „Mauer“ verschanzt, schimpfte Verbraucherschutzministerin Renate Künast vorigen Donnerstag in ihrer Regierungserklärung. Und vor dieser Mauer stehen zig Behörden, die wenig kontrollieren, sich die Verantwortung so lange gegenseitig zuschieben, bis sich keiner mehr verantwortlich fühlt, und – falls sie trotzdem mal was finden – vorzugsweise schweigen.

Was in diesem Dickicht aus über 500 Ämtern, die für die Sicherheit von Lebens- und Futtermitteln zuständig sind, alles möglich ist, dafür steht der Fall Malchin wie kaum ein zweiter.

Als die Treuhandanstalt 1991 die 22 Jahre alte Halle privatisierte, stapelten sich

dort Herbizide und Pestizide im Wert von 3,18 Millionen Mark. Für die neuen Besitzer, die ihre Landhandelsfirma Diver genannt hatten, eine schwere Erblast: Rund 1,5 Millionen Mark mussten sie bis 1994 für die Entsorgung hinblättern. Etwa 88 Tonnen Pflanzenschutzgift fuhr die Diver damals zur Sondermülldeponie; mit auf der Liste auch 500 Kilo „trizilinhaltes Fegegut“ – also Nitrofen.

Kann diese Halle trotz des Kehraus noch jene Hauptquelle für das Herbizid sein, die Künast und ihre SPD-Länderkollegen Uwe Bartels und Till Backhaus aus Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern zunächst so erleichtert vorführten? Fest steht: Als die Diver-Eigentümer 1992 beim Staatlichen Amt für Umwelt und Natur in Neubrandenburg eine Bescheinigung beantragten, dass sie bei einem späteren Verkauf nicht für die Altlasten aufkommen müssten, wurde ihnen das Papier verweigert. Allerdings nicht, weil die Halle bis unter die Decke durchsucht gewesen sei, sondern, so die Sprecherin des Umweltministeriums Ilona Stadler, weil „offenkundig überhaupt keine Altlasten vorhanden waren“.

Ein Hort der Gefahr war sie aber angeblich trotzdem: 1994 tauchte das Gebäude nämlich noch an anderer Stelle in Behördenakten auf. Diesmal hatte das Schweriner Umweltministerium beim Landespflanzenamt angeklopft und um Daten gebeten. Es ging um ein Kataster von Gefahrenquellen, und siehe da: Das angeblich so saubere Lager in Malchin zählte dazu.

Gefährlich wurde es aber zunächst mal für die Diver-Chefs: Ihnen ging das Geld aus. Deshalb vermieteten sie die Halle, zunächst an einen Schnäppchenmarkt, dann als Bootsschuppen, ohne dass eine Behörde aufgemuckt hätte. Dabei ist die Giftscheune bis heute als genehmigte Lagerstätte für Pflanzenschutzmittel registriert. Und Getreide, da sind sich Experten einig, hätte dort keinesfalls liegen dürfen.

Das schwante womöglich auch den Diver-Chefs, als sie – kurz vor der Insolvenz – im März 1999 die Anlage für 74 000 Mark Miete im Jahr an die Raiffeisen-Gesellschaft Hage Nordland vermieteten, zur Getreidelagerung. Vorsichtshalber leistete die Diver laut Vertrag keinerlei Gewähr dafür, dass das Objekt die für die „beabsichtigte Nutzung in Frage kommenden Vorschriften“ erfüllt. Doch die Raiffeisen-Gruppe fragte nicht lange, ehe sie tonnenweise Gerste in die Halle kippte.

Auch die Raiffeisentochter Norddeutsche Saat- und Pflanzgut AG (NSP) – heute unter Verdacht, den giftigen Ökoweizen an die niedersächsische Futtermühle GS agri geliefert zu haben – hatte offenbar keine Skrupel, die Giftscheune zum Öko-Getreidelager zu machen. Ahnungslos waren die NSP-Verantwortlichen wohl kaum: Schon 1999 wollte das Unternehmen das Gebäude

kaufen. Im Gespräch sei ausdrücklich von der früheren Nutzung die Rede gewesen, sagt Diver-Insolvenzverwalter Bernd Walte. Und überhaupt: Die Außenstelle der NSP in Malchin liegt direkt neben der Halle – schwer zu glauben, dass kein NSP-Mann gewusst haben soll, welche hochgefährlichen Stoffe dort vorher lagerten.

Aber warum sollten Unternehmer lästige Bedenken wälzen, wenn selbst Behördenmitarbeiter fleißig nicken? Noch im vergangenen November stattete eine Vertreterin des Amts für Landwirtschaft aus Bützow dem „Biologier“ der NSP einen Besuch ab – ohne dass ihr etwas auffiel.

So konnte sich Korn aus der Malchiner Halle ungestört über die ganze Republik verstreuen, wie eine interne Kundenliste der NSP zeigt: Das Dokument beweist, dass nicht nur Putenmäster und Eierproduzenten Getreide aus der durch Nitrofen belasteten Halle bekommen hatten. Auch diverse Bäckereien sind direkt von NSP beliefert worden.

Und gut möglich, dass Nitrofen nun auch im Rindfleisch steckt. So lieferte NSP mehr als 100 Tonnen Süßlupinen aus der Malchiner Halle nach Dänemark und in die Niederlande. Nach dem BSE-Skandal hatten Rindmäster die Pflanze als Ersatz für Tiermehl verwendet.

Verwunderlich ist auch, warum NSP weiter Brotgetreide und Futter verkaufen konnte, obwohl das Unternehmen längst als Glied in der mutmaßlichen Nitrofen-Kette ausgemacht war, die sich bis zu dem Babyernährungshersteller Hipp im bayerischen Pfaffenhofen zog. Noch am 21. Mai erhielt ein Kunde aus Fürstenwerder von NSP „Bio-

Dinkel für Speisezwecke“ und ein Abnehmer aus Wrist elf Tonnen Bio-Brotweizen. Und als jedermann schon vom Nitrofen-Skandal wusste, öffnete NSP noch mal sein Lager: Ein Käufer in Sommersdorf bekam 2300 Kilogramm Weizen.

Kalt überrascht war am vergangenen Freitag ein Mischfutterfabrikant aus Malchin, als er vom SPIEGEL erfuhr, dass auch er 72 Tonnen Weizen aus der Nitrofen-Halle bekommen hatte. Bis zu diesem Tag hatte sich seine Firma auf ihrer Internet-Seite noch damit gebrüstet, „dass unser Haus davon nicht betroffen ist“. Der Futtermühle war das Getreide als konventionelle Ware verkauft worden – womit nun auch feststeht, dass nicht nur Ökonahrung mit Nitrofen verseucht sein dürfte.

Schlampereien über Schlampereien – dennoch hat die Sonderkommission des Landeskriminalamts (LKA) immer stärkere Zweifel, dass Schludrigkeit und Kompetenzzwirrwarr allein hinter den hohen Nitrofen-Werten im Ökoweizen stecken.

Vor allem einige Zeitabläufe ließen sich Ende vergangener Woche nur schwer erklären: Die Malchiner Halle hatte NSP – anders

als Verbraucherministerin Renate Künast zuvor noch behauptete – nur vom 1. August bis 31. Oktober vergangenen Jahres offiziell gemietet. Schon am 7. September waren die ersten Würstchen der

Instanzen der Lebensmittelkontrolle

in einigen Bundesländern abweichende Regelungen



Nitrofen-Untersuchung (in Jena) Merkwürdige Testergebnisse

Transport des Weizens bis hin zur Verwurstung der damit gefütterten Pute?

Auch für den Leitenden Oberstaatsanwalt in Neubrandenburg, Rainer Moser, hat die Malchin-Theorie noch erhebliche Lücken. Er habe „Zweifel“, ob die Verseuchung der Halle überhaupt hoch genug war, um die extreme Giftkonzentration im Weizen erklären zu können. Genau dieser Frage will Ingemar Weitemeier, Chef des Landeskriminalamts, nun nachgehen: „Wir werden prüfen, wie welche Mengen Nitrofen wirken“ – daraus will Weitemeier Rückschlüsse ziehen, ob auch Sabotage in Frage kommt. Eines ist für den LKA-Chef

„Missbildungen beim Embryo“

Nitrofen kann schon in geringen Mengen gesundheitliche Schäden hervorrufen. Gefährdet sind vor allem Schwangere.

Die trächtigen Ratten bekamen den Giftstoff ins Futter gemischt oder unter die Haut gespritzt. Zur Welt brachten sie Nachwuchs mit grauvollen Missbildungen.

Defekte Herzscheidewände, Lungenschäden, Brüche des Zwerchfells und Erweiterungen des Nierenbeckens stellten Forscher fest, als sie in den achtziger Jahren die Wirkung von Nitrofen im Tierversuch testeten – ein Befund, der im aktuellen Nitrofen-Skandal neue Fragen aufwirft: Wie gefährdet sind Schwangere, die verseuchtes Fleisch oder belastete Eier gegessen haben?

Zwar lassen sich die Ergebnisse der Tierversuche nicht direkt auf den Menschen übertragen. Dennoch warnen die Experten vor der fruchtschädigenden Wirkung des Mittels. „Nitrofen kann schon in sehr geringen Konzentrationen Missbildungen beim Embryo hervorrufen“, sagt etwa Heinz Nau von der Tierärztlichen Hochschule Hannover. Zwar liege die Nitrofen-Belastung bei einer Schwangeren, die belastetes Putenfleisch esse, weit unter derjenigen, der Ratten im Tierversuch ausgesetzt waren. Doch der übliche Sicherheitsfaktor sei deutlich unterschritten.

Als „akzeptable Aufnahme“ gilt Toxikologen beim Menschen eine Giftmenge, die mindestens um den Faktor 100 unter der im Tierversuch gerade noch schädlichen liegt. Im Fall von Nitrofen reichte bei Ratten schon die regelmäßige Gabe von 0,15 Milligramm pro Kilogramm Körpergewicht, um Missbildungen beim Embryo auszulösen.

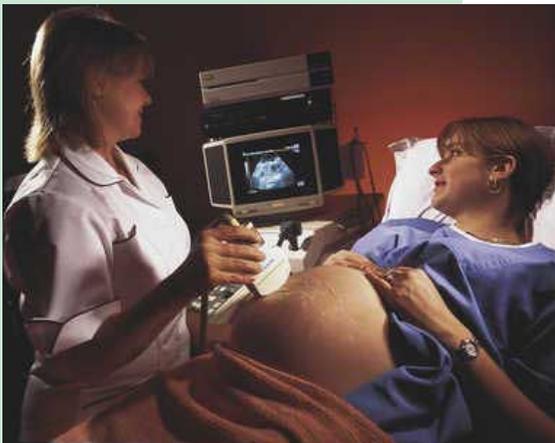
Auf eine 60 Kilogramm schwere Frau umgerechnet, wäre demnach unter Berücksichtigung des Sicherheitsfaktors eine tägliche Aufnahme von 0,09 Milligramm Nitrofen gerade noch akzeptabel. Schon ein verseuchtes Mini-Putensteak von 100 Gramm könnte ausreichen, um diesen Wert zu erreichen.

Manche Experten halten im aktuellen Fall sogar einen deutlich höheren Sicherheitsfaktor für angebracht, da ein so bezeichneter „no effect level“, also eine harmlose Nitrofen-Konzentration, nie ermittelt wurde.

„Für Nitrofen kann keine gesundheitlich unbedenkliche Dosis festgelegt werden“, heißt es aus dem Bundes-

institut für gesundheitlichen Verbraucherschutz. Die Schädigung des Ungeborenen könne beim Verzehr größerer Mengen hoch belasteter Lebensmittel nicht ausgeschlossen werden.

Die Krebsgefahr dagegen halten Forscher derzeit für relativ gering. Bisher entdeckte Nitrofen-Gehalte in Lebensmitteln lägen für Erwachsene mit normalen Essgewohnheiten um den Faktor 1000 bis 10000 unter den krebsfördernden Dosen im Tierversuch, sagt der Toxikologe Dieter Schrenk von der Universität Kaiserslautern. So ist auch für die rund 500 Kinder, die in Bremer Kindertagesstätten mehrfach Bio-Geflügelfleisch gegessen hatten, das Risiko nach Expertenmeinung gering.



Ultraschall-Untersuchung: Bedenkliche Dosis?

Dennoch empfehlen Verbraucherschützer, vorläufig auf Ökoeier bestimmter Hersteller zu verzichten. Auch von Ökogeflügel, das etwa tiefgefroren aufbewahrt werde, raten sie so lange ab, bis dessen Unbedenklichkeit geklärt sei. Detaillierte Empfehlungen veröffentlichen die Verbraucherzentralen im Netz (www.vzbv.de).

„Nitrofen hat in der Nahrungskette nichts zu suchen“, resümiert Thomas Isenberg vom Bundesverband der Verbraucherzentralen in Berlin: „Jedes Ei und jedes Stück Putenfleisch, das verzehrt worden ist, ist eines zu viel.“ Dennoch appelliert Isenberg an die Verbraucher, sich nicht pauschal verunsichern zu lassen. Andere Fleischsorten und Ökogemüse könnten weiterhin unbesorgt gegessen werden.

PHILIP BETHGE

klar: „Malchin ist nur eine von mehreren Spuren.“

Zweifel an der Theorie von der Hauptquelle Malchin meldete noch am Freitag vergangener Woche in einem Vermerk auch ein Mitglied der von Künast eingerichteten Taskforce zur Aufklärung des Falles an.

Die Indizien sind in der Tat verwirrend. Einerseits: Noch am 2. Oktober hatte NSP aus der Halle Ökogetreide für Brot an eine Mühle in Nordrhein-Westfalen geliefert – Testergebnis der Rückstellprobe: Nitrofenfrei. Andererseits: Bei vier Getreidelieferungen der NSP an die GS agri war das Gift überraschend gleichmäßig verteilt – dabei hätte sich der Staub vom Hallenboden eigentlich nur auf einem Teil des Getreides absetzen dürfen.

So ist zurzeit nur eines sicher: Dass die Behörden bei der Überprüfung der Malchiner Halle in der Vergangenheit so versagt haben, wie dies Behörden bei der Kontrolle von Futter- und Lebensmitteln immer wieder tun. Wie ein Schüler, der bei der Klassenarbeit darauf hofft, die richtigen zehn Prozent gelernt zu haben, pokern sie auf Lücke, und diese Lücke wird eher größer als kleiner.

Das Hamburger Hygiene-Institut etwa, das im Auftrag der Hansestadt im Jahr 2000 rund 9800 Lebensmittelproben untersucht hat, muss nun mit 100000 Euro weniger vom klammen Senat auskommen. Und die Isotopenmethode, mit der sich die Herkunft von Weizen feststellen ließe, wird erst jetzt, im Nitrofen-Skandal, eingesetzt – monatelang hatten die Agrarminister die Sache vor sich hergeschoben.

So liegen Kontrolleure und Erzeuger tief in ihren Ackerfurchen und hoffen, dass der Blitz nicht gerade bei ihnen einschlägt. Erwischt hat es kürzlich die Bayern und die Sachsen. Ein Prüftteam der EU rüffelte, dass Bayern im Jahr 2000 gerade 1200-mal Obst und Gemüse auf Pestizide untersucht habe, Sachsen 1125-mal. In Bayern, so der entsprechende EU-Bericht, würden Pestizidkonzentrationen gewöhnlich erst ernst genommen, wenn sie mindestens um das Hundertfache über dem Grenzwert lägen.

Zwar werden Lebensmittelprüfer sehr schnell fündig, wenn sie nur suchen: So beanstandeten etwa die Prüfer des Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamts im nordrhein-westfälischen Mettmann im Jahr 2000 fast 16 Prozent ihrer 1923 Proben. Bei Obst und Gemüse fanden sie in fast jedem zweiten Fall Pestizide.

Doch bis die Treffer weitergemeldet werden, können Monate vergehen; in einem Fall, in Bayern, dauerte es 89 Tage, bis ein Gifffund ganz oben angekommen war: im Schnellwarnsystem der EU. Der Ver-

braucher muss oft noch länger warten, und in vielen Fällen erfährt er nie, was er gegessen hat.

So bekamen die Deutschen am 29. April weder zu hören, dass sie schon Tausende mutmaßliche Nitrofen-Würstchen der niedersächsischen Marke Krusenhof verputzt hatten, noch, dass der Hersteller Meica just an diesem Tag damit begann, ganz still die restlichen 23 600 Gläser aus den Regalen zu ziehen.

Die undurchsichtige Informationspolitik im Nitrofen-Skandal hat auch Brüssel in Rage gebracht; besonders stört die EU-Kommission, dass sie viele Fakten erst aus der Zeitung erfuhr. Die Experten im Künast-Ministerium brüteten deshalb am vergangenen Wochenende über einem Katalog mit strengen Fragen der EU-Kommission, um schlimmste Konsequenzen für den deutschen Ökomarkt im letzten Augenblick noch abwenden zu können.

Die Berliner hatten Hinweise, dass die EU am Montag dieser Woche auch über Maßnahmen beraten wird, die Vermarktung von deutschen Ökoprodukten in ganz Europa komplett zu verbieten. Das würde auch für Deutschland selbst gelten, und zwar so lange, bis nachgewiesen wäre, dass alle Waren garantiert Nitrofenfrei seien. Das aber wäre ein Keuschlag für die gesamte Agrarwende von Künast – denn bis solch eine Sperre wieder fällt, können Monate vergehen. Bis dahin wären zahlreiche Ökobetriebe bankrott, die neue Landwirtschaft auf weiter Flur am Ende.

Der Druck der EU ist massiv, doch dass sich an der Politik der Heimlichtuerei ohne Druck wohl nichts ändern würde, zeigte gerade erst wieder das Schicksal des Verbraucher-Informationsgesetzes.

So war es Kernanliegen des von Rot-Grün verabschiedeten Paragrafenwerks, die Behörden vor unkalkulierbaren Prozessrisiken zu schützen, wenn sie bei Lebensmittelskandalen Ross und Reiter frühzeitig öffentlich machen. Nun aber schmort das Gesetz im Bundesrat, blockiert von einer Mehrheit unionsregierter Länder.

Deshalb ahnt mittlerweile auch die Ökoszene, dass sich mit Künasts Agrarwende nicht automatisch alles zum Besseren wendet. Die Vorstellung, mit dem Siegeszug des Bio-Landbaus werde automatisch die Lebensmittelsicherheit insgesamt zunehmen, hat sich als naiv entpuppt.

Denn die Nitrofen-Krise betrifft jenen Teil der Bio-Landwirtschaft, der von Trittbrettfahrern der Agrarwende übernommen wurde und nun genauso funktioniert wie die herkömmliche Produktion: überregional, hoch arbeitsteilig, industriell und in der Folge anonym. Ganz so, als gäbe es nichts Neues auf deutschen Äckern – außer dem jeweils jüngsten Skandal.

ANNETTE BRUHNS,
JÜRGEN DAHLKAMP, MICHAEL FRÖHLINGSDORF,
GUNTHER LATSCH, UDO LUDWIG,
CORDULA MEYER, GERD ROSENKRANZ

UNION

Unverdächtige Kronzeugen

Vehement bestreitet Edmund Stoiber, als Generalsekretär an der Beschaffung von Spenden für die CSU beteiligt gewesen zu sein. Ex-CDU-Schatzmeister Walther Leisler Kiep erinnert sich anders.

Die CDU-Wahlkämpfer konnten ihr Glück kaum fassen. Kaum hatte SPD-Kanzler Gerhard Schröder auf dem Wahlparteitag in Berlin die Genossen mit heftigen Attacken zum Kampf gegen die böse Union eingeschworen, als Brandenburgs Ministerpräsident Manfred Stolpe das schöne Feindbild gleich wieder zunichte

Seit Mitte der vorigen Woche freilich muss Stoiber fürchten, doch noch ins Stolpern zu geraten. Die Umfragewerte bröckeln. Erst kürzlich wurden der Union 40 und der SPD magere 33 Prozent vorhergesagt. Jetzt gingen die CDU-Werte um zwei Punkte nach unten, während die SPD sich – nach den jüngsten Umfragen von NFO Infratest – auf 35 Prozent berappelte.

Und dem Kanzlerkandidaten droht womöglich unerwartetes Ungemach: Einige seiner Aussagen, die er am vergangenen Dienstag vor dem Parteispenden-Untersuchungsausschuss des Bundestags machte, können so nicht stimmen. Dabei steht Stoiber weder im Verdacht, korrupt oder käuflich zu sein, noch wirft man ihm vor, sich oder seine Partei illegal bereichert zu haben. Es geht nur um die Frage, ob der einstige CSU-Generalsekretär an der Seite seines mächtigen Förderers Franz Josef Strauß in Sachen Parteifinanz und Spenden wirklich so ahnungslos war, wie er behauptet.

Höchstens „am Rande“ habe er mit Spenden der CSU zu tun gehabt, erklärte er im Ausschuss – und sooft die Abgeordneten auch bohrten und nachfragten, Stoiber blieb bei seiner Version.

Genau diese Entschiedenheit könnte ihm nun Probleme bereiten. Zwei Tage nach seiner Zeugenvernehmung wurde der CSU-Chef mit Zitaten prominenter Unionsfreunde konfrontiert, die seine Aussage in ein anderes Licht rücken.

Demnach war der Bayer damals nicht nur über die Finanzen seiner Partei bestens im Bilde, sondern auch an der Akquisition von Spenden beteiligt. Und im Unterschied zum früheren Strauß-Spezi Karlheinz Schreiber, der erst zu reden und mit Enthüllungen zu drohen begann, als ihn die Justiz verfolgte, sind die Kronzeugen unverdächtig. Sie haben ihre Beobachtungen schon vor einigen Jahren aufgeschrieben – als von möglichen Verwicklungen des CSU-Ministerpräsidenten Stoiber in den



CSU-Chef Stoiber: „Gewusst, welche Probleme es gab“?

machte. Nach Stolpes Plädoyer für eine Große Koalition wussten die Parteisoldaten an der SPD-Basis wieder nicht, gegen wen sie eigentlich zu Felde ziehen sollen. „Ich hätte nie gedacht, dass die Schubladen der Kampa so leer sind“, feixte Edmund Stoibers PR-Strategie Michael Spreng.

Der Unions-Wahlparteitag am kommenden Montag in Frankfurt am Main versprach ein prächtiges und medienträchtiges Spektakel zu werden. Alle Kontroversen traten in den Hintergrund.

DIETHEER ENDLICHER / AP